

## Noch nicht vom Beirat genehmigtes

### Protokoll Nr. 14 (2023-2027)

der öffentlichen Hybrid-Sitzung (Zoom) des Beirats Schwachhausen am 26.09.2024 im Focke Museum

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat

Jan Brockmann  
Jörg Findeisen  
Jan Hannemann  
Jörg Henschen  
Frank Köhler (online)  
Jörn H. Linnertz  
Tim Ruland

Lukas Dietzel  
Yvonne Funke  
Marek Helsner  
Antje Hoffmann-Land  
Klaus-Peter Land  
Ingeborg Mehser

b) vom Ortsamt

Ralf Möller  
Thomas Berger

Zunächst begrüßt Ralf Möller die zwischenzeitlich neu in den Beirat eingetretenen Mitglieder Antje Hoffmann-Land (Bündnis 90/ Die Grünen) und Tim Ruland (Die Linke).

Anschließend stellt Ralf Möller fest, dass der Beirat beschlussfähig ist.

Daraufhin wird das Protokoll Nr. 13 der Beiratssitzung am 22.08.2024 genehmigt.

Ralf Möller stellt die Tagesordnung wie versandt vor. Jörg Henschen bittet darum, die Tagesordnung um den Sachverhalt „Regelung der Umleitungsverkehre im Zusammenhang mit einer Baustelle im Gustav-Deetjen-Tunnel“ zu ergänzen. Der Beirat verständigt sich darauf - da die Örtlichkeit nicht im Beiratsbereich liegt - den Sachverhalt unter TOP 1 aufzugreifen und beschließt die Tagesordnung damit wie vorgelegt:

#### **Tagesordnung**

1. Bürger:innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. Anhörungsverfahren B-Plan 2500
3. Anhörungsverfahren Lückenschluss Tempo 30 Schwachhauser Heerstraße
4. Wahl eines nachnominierten Mitglieds für die Senior:innenvertretung der Stadtgemeinde Bremen
5. Benennung nachnominierter Mitglieder für das Wahlprüfungsgericht
6. Antrag der CDU-Fraktion „Kontakt zur Polizei“
7. Antrag Bündnis 90/ Die Grünen „Begegnungsort Gravelottestraße/ Dijonstraße
8. Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Schwachhausen
8. Verschiedenes

#### **TOP 1: Bürger\*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteil-angelegenheiten**

##### Mitteilungen der Öffentlichkeit

Ein Schwachhauser Einwohner beschwert sich über unleserliche Verkehrsschilder im Stadtteil. Beiratsmitglieder bitten den Einwohner, sich mit dem Anliegen direkt an das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) zu wenden.

### Mitteilungen aus dem Beirat

Jörg Henschen berichtet, dass anlässlich einer Baustelle im Gustav-Deetjen-Tunnel für den Fuß- und Radverkehr eine Umleitung eingerichtet worden sei. Regulär müssten sich Fuß- und Radverkehr sehr beengte Nebenanlagen in beiden Richtungen teilen. Durch die Baustelle werde nun der Fuß- und Radverkehr beider Richtungen auf der Nebenanlage der stadtauswärtigen Verkehrsspur abgewickelt. Das sei eine „katastrophale“ Situation. Der Radverkehr müsse zumindest mit einer entsprechenden Markierung auf die Fahrbahn geleitet werden. Er bitte darum, eine entsprechende Bitte an den Senator für Inneres und Sport (SIS) zu richten.

Klaus-Peter Land hält fest, dass es entsprechende Regelungen während des Bremer Freimarkts bereits gebe.

Yvonne Funke hält dem entgegen, dass eine Umleitung des Radverkehrs über die Radpremiumroute (Friedenstunnel) sicherer sei.

Ralf Möller stellt zunächst fest, dass die Örtlichkeit Gustav-Deetjen-Tunnel in die Zuständigkeit des Beirats Mitte falle. Bürgerbeschwerden seien bereits im Ortsamt angekommen und mit der Bitte um weitere Behandlung an das Ortsamt Mitte weitergeleitet worden. Die Beschwerden seien berechtigt. Bereits die reguläre Verkehrsführung sei „suboptimal“. Er schlage vor, den Vorschlag von Jörg Henschen an den Beirat Mitte weiterzureichen, verbunden mit der Bitte, entsprechend zu verfahren.

Jörg Henschen erwidert, dass dies nicht hilfreich sei, weil kurzfristig eine Änderung erfolgen müsse. Er bitte deshalb darum, unmittelbar an SIS heranzutreten.

Jörn H. Linnertz stellt fest, dass der Beirat auch in den Randbereichen seines Gebiets zuständig sei. Er rege zusätzlich an, den Beirat Mitte um eine gemeinsame Sitzung zur grundsätzlichen Verkehrssituation im Gustav-Deetjen-Tunnel zu bitten.

Sieben Beiratsmitglieder (SPD, B90/Die Grünen und Linke) sprechen sich dafür aus, die Bitte auf eine Änderung der Umleitung an den Senator für Inneres und Sport zu richten. Aufgrund der fehlenden Zuständigkeit des Gremiums handelt es sich hier nicht um einen Beiratsbeschluss.

Anschließend spricht sich der Beirat einstimmig bei einer Enthaltung (BD) dafür aus, den Beirat Mitte um eine gemeinsame Sitzung zur Verkehrssituation im Gustav-Deetjen-Tunnel zu bitten.

### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Ralf Möller berichtet Folgendes:

- Der stadtbremische Haushalt sehe für 2024 für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) eine Mittelerhöhung von 7% in allen Stadtteilen vor. Der zuständige Controllingausschuss (CA) für den Stadtteil Schwachhausen habe sich bisher aber noch nicht mehrheitlich auf die Verteilung der zusätzlichen Mittel verständigen können, so dass die anschließende Beschlussfassung im Beirat noch ausstehe;
- die wesernetz Bremen GmbH beginne am 14.10.2024 mit Baumaßnahmen in der Georg-Gröning-Straße zur Nachverdichtung des Fernwärmenetzes. Auf Nachfrage erwidert Ralf Möller, dass ein Anschluss des St. Joseph-Stifts mutmaßlich noch nicht abschließend geklärt sei. Wesernetz gebe hierzu keine verbindliche Auskunft;
- Umweltbetrieb Bremen (UBB) biete am 02.10.2024, 17 Uhr, eine Informationsveranstaltung zu den Baumfällungen und -nachpflanzungen in der Saison 2024/ 25 an.

## **TOP 2: Anhörungsverfahren B-Plan 2500**

Ralf Möller erinnert daran, dass es für die Aufstellung des B-Plans 2500 am 28.08.2023 bereits eine frühzeitige Bürgerbeteiligung gegeben habe und direkt im Anschluss eine Beiratssitzung, auf der der Beirat eine erste ablehnende Stellungnahme abgegeben habe.<sup>1</sup>

Die zuständige Deputation habe am 05.09.2024 die Aufstellung des B-Plans und die öffentliche Auslegung beschlossen.<sup>2</sup> Die öffentliche Auslegung erfolge bis 14.10.2024, parallel erfolge die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und damit auch des Beirats.

---

<sup>1</sup> Für die Einwohner:innenversammlung am 28.08.2023 siehe das [Protokoll der Einwohner\\*innenversammlung](#) samt der Anlage [Präsentation](#). Für die anschließende Beiratssitzung siehe [Protokoll Nr. 2](#) und die Anlage [Entwurf der Grünen für eine Stellungnahme zum B-Plan 2500](#).

<sup>2</sup> Siehe die [Deputationsvorlage](#) mit der Begründung des B-Plans und dem eigentlichen B-Plan.

Zunächst stellt Jörg Henschen fest, dass die Deputation den bisherigen Beschluss des Beirats Schwachhausen zwar zur Kenntnis genommen, ihn aber nicht berücksichtigt habe. Der Beirat habe die Sicherung des Krankenhausstandorts St. Joseph-Stift in seiner bisherigen Stellungnahme ausdrücklich begrüßt. Daran halte der Beirat auch fest. Allerdings fordere er Nachbesserungen in den Bereichen Verkehr- und Umweltbelange. Die Deputation habe die Einwände des Beirats im Bereich Verkehr als nicht im Rahmen des Bauleitplanverfahrens handhabbar abgetan. Die verkehrlichen Erfordernisse ließen sich jedoch nicht auf dem Gelände des St. Joseph-Stifts regeln. Regelungen für die anliegende und besonders betroffene Schubertstraße sollen lediglich in einem städtebaulichen Vertrag zwischen St. Joseph-Stift und der Stadtgemeinde und damit nicht im B-Plan selbst geregelt werden. Die verkehrlichen Belange seien jedoch parallel zum B-Plan zu regeln. Es sei wichtig, dass der Beirat sich mit seinen Anliegen Gehör verschaffe.

Jörn H. Linnertz erwidert, dass zwar ein Verkehrskonzept von Nöten sei und dass Kritik am B-Plan geäußert werden müsse. Das erforderliche Verkehrskonzept lasse sich aber nicht im Rahmen des B-Plans abbilden. Zutreffend sei jedoch, dass der neue B-Plan für das St. Joseph-Stift von zentraler Bedeutung sei, um sich am Standort entwickeln zu können. Ohne neuen B-Plan sei das St. Joseph-Stift nicht in der Lage, auf zukünftige Erfordernisse zu reagieren. In dieser Hinsicht dürfe es auch keine Verzögerung geben, wie sie mit einer Ablehnung des B-Plans durch den Beirat eintrete. Der Standort St. Joseph-Stift nehme an Bedeutung zu, je mehr die Klinikstandorte der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) an Bedeutung einbüßten. Deshalb sei es wichtig, dass der Beirat dem B-Plan zustimme und gleichzeitig Forderungen zur Erstellung eines Verkehrskonzepts aufstelle.

Marek Helsner hält wiederum fest, dass der B-Plan nicht entsprechend der Forderungen des Beirats nachgebessert worden sei. Deshalb sei es wichtig, dass der Beirat seine Ablehnung aufrechterhalte. Bspw. sei die Errichtung des Mobilitätshauses nicht gesichert und die Begründung zum B-Plan enthalte keine Informationen, ob das St. Joseph-Stift an das Fernwärmenetz angeschlossen werden könne. Der Beirat sollte ein politisches Zeichen setzen und auf der Erstellung eines Verkehrskonzepts beharren. Es sei nicht die Absicht des Beirats, den B-Plan zu verzögern, aber ohne Nachbesserungen müssten alle leiden.

Hierauf erwidert Yvonne Funke, dass die Entwicklungsmöglichkeit des St. Joseph-Stifts und die Erstellung eines Verkehrskonzepts zwei getrennte Dinge seien. Das Verkehrskonzept liege nicht in der Verantwortung des St. Joseph-Stifts. Das Mobilitätshaus genieße im B-Plan nicht oberste Priorität, werde aber ermöglicht. Mit jedem Bauabschnitt müssten Stellplätze nachgewiesen werden. Die Zustimmung zum B-Plan bedeute nicht die Zustimmung zu jeder Bauvorlage.

Klaus-Peter Land stellt fest, dass die erforderliche Zustimmung des Beirats zu einem B-Plan dessen schärfstes Schwert darstelle. Der jetzt vorgelegte B-Plan werde ohne Verkehrskonzept nicht funktionieren. Das vorgesehene Mobilitätshaus werde ohne die Einrichtung von Bewohnerparken nicht funktionieren. Deshalb müsse der Beirat jeden möglichen Druck ausüben, damit die Maßnahmen - Ausbau des Standorts und verkehrliche Festsetzungen - gleichzeitig erfolgten. In der vorgelegten Form werde der B-Plan zur Belastung und damit auch der Standort unrentabel.

Jörg Henschen ergänzt, dass das Verkehrskonzept mit der Einrichtung von Bewohnerparken nicht in der Verantwortung des St. Joseph-Stifts liege, aber der B-Plan müsse entsprechend nachgebessert werden.

Jörn H. Linnertz macht deutlich, dass das St. Joseph-Stift in der Lage sein müsse, den Standort wirtschaftlich zu betreiben. Werde jedoch die Zustimmung zum B-Plan mit der Forderung nach einem Verkehrskonzept verknüpft, sei dies nicht gegeben.

Marek Helsner äußert, dass das St. Joseph-Stift selbst das Mobilitätshaus von der Einrichtung von Bewohnerparken abhängig mache. Deshalb sei es wichtig, beides zusammen zu denken und auf den Forderungen des Beirats zu bestehen. Der B-Plan stelle die Weichen schließlich für einen Zeitraum von etwa 50 bis 60 Jahren.

Das Mobilitätshaus werde sich für das St. Joseph-Stift nicht rechnen, wenn es nicht von außen hierfür Unterstützung erhalte, stellt Jörn H. Linnertz fest.

Anschließend stellt Jörg Henschen den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vor.<sup>3</sup>

Ralf Möller lässt über den Antrag abstimmen: Er wird mit sieben Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Linke) bei sechs Nein-Stimmen (CDU, FDP, BD) mehrheitlich angenommen.

### **TOP 3: Anhörungsverfahren Lückenschluss Tempo 30 Schwachhauser Heerstraße**

Ralf Möller erinnert daran, dass der Fachausschuss „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“ das Vorhaben bereits am 11.09.2024 beraten habe, allerdings kein einstimmiges Votum erzielt habe.<sup>4</sup> Es sei geplant, in Höhe der Kindertagesstätte Hanse-Strolche e.V (Schwachhauser Heerstraße 46) in stadteinwärtiger Richtung auf einer Strecke von etwa 300 m im Anschluss an eine bereits bestehende Geschwindigkeitsbeschränkung vor dem Kippenberg-Gymnasium die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/ h zu verringern. Da ein direkter Anschluss an eine bereits bestehende Geschwindigkeitsbeschränkung bestehe, würde durch diese Maßnahme die Tempo 30-Strecke nicht mehr vor der Abzweigung in die Schubertstraße, sondern vor der Abzweigung in die Hollerallee enden.

Jörg Findeisen macht deutlich, dass die geplante Maßnahme den Verkehr ausbremse und damit einen größeren, nicht zu vertretenden Eingriff darstelle.

Klaus-Peter Land erwidert, dass es sich lediglich um einen sinnvollen Lückenschluss handele.

Ralf Möller stellt das Vorhaben zur Abstimmung: Der Beirat nimmt es mit sieben Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Linke) gegen sechs Nein-Stimmen (CDU, FDP, BD) mehrheitlich an.

### **TOP 4: Wahl eines nachnominierten Mitglieds für die Senior:innenvertretung der Stadtgemeinde Bremen**

Ralf Möller berichtet, dass Dr. Christine Börner ihr Mandat in der Senior:innenvertretung der Stadtgemeinde Bremen niederlegt habe. Er bedanke sich für ihr Engagement.

Als Nachfolgerin schlage die CDU-Fraktion Regina Meyer vor.

Der Beirat schließt sich diesem Vorschlag einstimmig an.

### **TOP 5: Benennung nachnominierter Mitglieder für das Wahlprüfungsgericht**

Ralf Möller ruft in Erinnerung, dass der Beirat u.a. die Beiratsmitglieder Dr. Vera Helling und André Walther als Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts benannt habe. Beide seien zwischenzeitlich aber aus dem Beirat ausgeschieden. Seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen werde in Nachfolge von Dr. Helling Antje Hoffmann-Land und seitens der Fraktion Die Linke für André Walther Malte Lier vorgeschlagen.

Der Beirat schließt sich diesen Vorschlägen einstimmig an.

### **TOP 6: Antrag der CDU-Fraktion „Kontakt zur Polizei“**

Zunächst stellt Jörn H. Linnertz den Antrag für die CDU-Fraktion vor.<sup>5</sup>

Ralf Möller weist darauf hin, dass die Polizei Bremen bereits Kontaktdaten für das Polizeirevier Schwachhausen [online](#) hinterlegt habe. Die Internetseite sei allerdings nicht aktuell, was die Polizei beheben wolle. Das Ortsamt habe auf seiner [Homepage](#) bereits Kontaktdaten zur Polizei hinterlegt, einschließlich Kontaktdaten für die einzelnen Kontaktbeamt:innen.

Der Beirat schließt sich dem Antrag einstimmig bei einer Enthaltung (SPD) an.

### **TOP 7: Antrag Bündnis 90/ Die Grünen „Begegnungsort Gravelottestraße/ Dijonstraße**

Marek Helsner stellt den Antrag vor und erinnert daran, dass dem Antrag ein Bürgerantrag aus der Anwohnerschaft der Gravelotte-/ Wörther und Dijonstraße zu Grunde liege, der sich für die

---

<sup>3</sup> Der Antrag ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

<sup>4</sup> Die Anhörung ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

<sup>5</sup> Der Antrag ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Schaffung eines Begegnungsorts auf der Grünfläche an der Dijonstraße einsetze.<sup>6</sup> Das Anliegen des Bürgerantrags sei im Fachausschuss „Soziales, Integration und Senior:innen“ befürwortet worden.<sup>7</sup> Die Nachbarschaft stelle sich vor, dass dort Sitzgelegenheiten und Tische sowie einzelne Spielgeräte aufgestellt werden könnten und habe hierfür auch einen Kostenvoranschlag eingeholt. Der Antrag umfasse lediglich die gewünschten Sitzgelegenheiten und Bänke mit einer Finanzierung aus dem Stadtteilbudget Verkehr. Um die Aufstellung von Spielgeräten müsse sich die Nachbarschaft dann ggf. selbst bemühen und hierfür beim Beirat Globalmittel beantragen. Im Einzelnen seien zwei Tisch-Bank-Kombinationen, zwei Bänke mit Rückenlehne, zwei Müllgefäße und eine Sitzgruppe mit integriertem Schachfeld in der Tischplatte gewünscht.

Jörg Henschen begrüßt den Antrag, lehnt für die Fraktion der SPD den Gestattungsvertrag des Beirats mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) aber ab.

Marek Helsner erwidert, dass seitens des ASV ein Gestattungsvertrag empfohlen worden sei, um das aufgestellte Mobiliar gegen den Zugriff Dritter abzusichern.

Ralf Möller erinnert daran, dass die Aufstellung des Mobiliars nach dem Standardausstattungskatalog von UBB erfolgen werde. Die Aufstellung vom Müllgefäßen sei Angelegenheit der Bremer Stadtreinigung (dbs) und werde aus dem allgemeinen Gebührenaufkommen finanziert. Nach der Aufstellung des Mobiliars müsse dies bei der dbs beantragt werden.

Auf Anregung von Klaus-Peter Land verständigt sich der Beirat darauf, für das beantragte Vorhaben eine Summe von max. € 10.000 bereitzustellen und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI) bzw. das Amt für Soziale Dienste (AfSD) zu bitten, die Örtlichkeit nach der Aufstellung von Spielgeräten in deren Verantwortung zu übernehmen.

Das findet die einhellige Zustimmung des Beirats.

## TOP 8: Änderung der Geschäftsordnung des Beirats Schwachhausen

Ralf Möller berichtet, dass sich der Koordinierungsausschuss auf eine Ergänzung der bisherigen Geschäftsordnung verständigt habe:

- In § 2 solle ein neuer Absatz 5 eingefügt werden:  
„(5) Eine Erweiterung der Tagesordnung ist nach ihrer Bekanntgabe mit der Einladung durch einen Beiratsbeschluss wegen Dringlichkeit mit jeweils einfacher Mehrheit in der Beiratssitzung möglich. Dringlichkeit ist ohne Beschluss stets gegeben, wenn zur Einhaltung einer Anhörungsfrist die Beratung nötig ist; diese Feststellung trifft der Sitzungsleiter/die Sitzungsleiterin zusammen mit der Beiratssprecherin/dem Beiratssprecher.“  
Die bisherigen Absätze 5 und 6 würden entsprechend aufrücken.
- § 9 Absatz 2 solle wie folgt neu gefasst werden:  
„(2) Beschlüsse, die ein Ausschuss ~~einstimmig~~ mit einer  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit trifft, gelten als Beiratsbeschlüsse.“
- In § 10 sollen die Absätze 2 und 3 neu gefasst werden:  
„(2) Der befassende Fachausschuss führt eine Abstimmung herbei. ~~Sollte der Fachausschuss kein einstimmiges Votum abgeben, gilt der Bürger\*innenantrag als abgelehnt.~~ Eine Beschlussfassung erfolgt gemäß § 9 Abs. 2.  
(3) Jede im Beirat vertretene Partei kann ~~daraufhin den einen abgelehnten~~ Bürger\*innenantrag im Beirat erneut zur Abstimmung stellen.“

Aus der anschließenden Diskussion des Beirats ergeben sich weitere Änderungswünsche:

- In § 9 soll zusätzlich ein neuer Absatz 5 angefügt werden:

<sup>6</sup> Der Antrag ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

<sup>7</sup> Der Bürgerantrag wurde ursprünglich in der Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Integration und Senior:innen“ am 07.02.2024 vorgestellt, siehe [Protokoll Nr. 3](#) (TOP 4) und die Anlage [Antrag für einen Begegnungsort auf der Grünfläche an der Gravelottestraße](#). Anschließend wurde das Anliegen nochmals in der Sitzung des Gremiums am 29.08.2024 aufgegriffen, siehe [Protokoll Nr. 5](#) (TOP 4).

„(5) Jede im Beirat vertretene Partei kann einen Antrag im Beirat erneut zur Abstimmung stellen.“

- In § 10 Absatz 3 soll das Wort „abgelehnten“ gestrichen werden.

Auf Wunsch der Fraktion Die Linke stimmt der Beirat die einzelnen Paragraphen getrennt ab:

- § 2 Absatz 5 neu wird einstimmig zugestimmt;
- der geänderten Fassung von § 9 Absatz 2 und dem neuen Absatz 5 wird mehrheitlich zugestimmt (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme (Linke));
- der geänderten Fassung der Absätze 2 und 3 in § 10 wird einstimmig zugestimmt.<sup>8</sup>

## TOP 9: Verschiedenes

Ralf Möller erinnert an folgende Sitzungstermine:

- Montag, 30.09.2024, 18:00 Uhr, Koordinierungsausschusssitzung,
- Donnerstag, 24.10.2024, 19:30 Uhr, nächste Beiratssitzung.

Klaus-Peter Land berichtet, dass die Beiratsgruppe beim „[Stadtradeln](#)“ 1.772 km zurückgelegt und damit Platz 106 von 400 Teams belegt habe.

Antje Hoffmann-Land berichtet, dass die Projektgruppe, die die Neuauflage des „[Stadtteilplans für Ältere](#)“ begleite, ihre Arbeit aufgenommen habe. Der Umfang des Plans solle ausgeweitet werden. Die Drucklegung sei für März 2025 vorgesehen.

Stv. Sprecher

Vorsitzender

Protokoll

Linnertz

Ralf Möller

Thomas Berger

---

<sup>8</sup> Die Neufassung der Geschäftsordnung ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.